



Benachteiligung von Ehepaaren stoppen

Ja zur Volksinitiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"

VON JASCHA MÜLLER,
KANTONS RAT

Gott stiftete die verbindliche Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, das steht so in unserem Parteiprogramm. Deshalb fördern wir Ehe und Familie und schützen familiäre Werte. Die Ehe zwischen Mann und Frau bildet den Kern der Familie. Sie soll gegenüber anderen Formen des Zusammenlebens privilegiert bleiben und geschützt werden.

Die Volksinitiative der CVP fordert, dass Ehepaare in Bezug auf Steuern und Sozialversicherungen gegenüber Konkubinatspaaren und Personen in anderen Lebensformen nicht benachteiligt werden dürfen. Sie definiert Ehe als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau und legt fest, dass Ehepartner auch in Zukunft gemeinsam besteuert werden müssen.

Heiratsstrafe endlich abschaffen: In den über 30 Jahren seit dem Bundesgerichtsurteil von 1984 hat es das Parlament nicht geschafft, die Heiratsstrafe zu beseitigen. Die Kantone haben sich in den letzten Jahren bemüht, die Ehepaare steuerlich den Konkubi-

natspaaren gleichzustellen. Auf Bundesebene ist die Heiratsstrafe aber immer noch nicht beseitigt. 80'000 Ehepaare bezahlen mehr Bundessteuern als sie als Konkubinatspaar bezahlen müssten. Das Stimmvolk kann sich jetzt dafür aussprechen, dass endlich etwas unternommen werden muss.

Umsetzung wird vereinfacht: Die Initiative macht klar, dass Ehen als Wirtschaftsgemeinschaft anzusehen sind. Sie gibt damit dem Gesetzgeber einen klaren Rahmen, in welcher Richtung das Steuerrecht anzupassen sei, um die Heiratsstrafe abzuschaffen. In der Vergangenheit wurde die Lösungsfindung in diesem Bereich auch durch die Vielfalt an Lösungsansätzen erschwert.

Keine aufwändige Individualbesteuerung: Die Initiative schliesst die Individualbesteuerung als Lösung des Heiratsstrafe-Problems aus. Das ist zu begrüssen, weil die Individualbesteuerung gewichtige Nachteile aufweist. Neben dem Mehraufwand für Ehepaare, die zukünftig zwei Steuererklärungen ausfüllen müssten, kommt käme die Variante auch den Bund teuer zu stehen (Mindereinkommen vergleichbar dem



mit Vollsplitting). Daneben entstände für die Kantone ein Verwaltungsmehraufwand von 30 - 50%. Die Kantone haben sich entsprechend auch gegen eine Individualbesteuerung ausgesprochen.

Ehe und Familie stärken: Der im Initiativtext enthaltene Ehebegriff ist keine Neuheit. Er entspricht der gängigen Definition der Ehe in der Verfassung, der Rechtsprechung und der europäischen Menschenrechtskonvention. Es ist nur

zu begrüssen, dass ein zukünftiger Versuch, diese Definition zu ändern, einer Verfassungsänderung bedürfte.

Im Gegensatz zur direkten Bundessteuer, wo bereits recht früh die Heiratsstrafe zuschlägt, sind im Kanton St.Gallen, gemäss einer Studie der eidgenössische Steuerverwaltung, Verheiratete besser gestellt als Konkubinatspaare.

Der EVP Kantonalvorstand empfiehlt die Initiative einstimmig zur Annahme.

Durchsetzungsinitiative Nein!

VON URSULA SCHWEIZER

“Wo sind wir in unserer Demokratie gelandet, wenn wir es bewusst darauf anlegen, an den Grundfesten der Gewaltenteilung zu rütteln?», das war die Grundfrage in der Diskussion über die Durchsetzungsinitiative der SVP. Initiativen sind Vorstösse und Meinungsbilder des Volkes. Die Regierung nimmt den Auftrag entgegen, aus einer Initiative die nötigen Gesetze und Um-

setzungen ab- und einzuleiten. Das ist das Wesen der schweizerischen Politik und damit sind wir bis heute gut gefahren. Es handelt sich hier um echte schweizerische Tradition und auch um Sicherheit, dass nicht ein Gremium plötzlich das alleinige Sagen hat.

Unsere Bundesverfassung ist kein Regelwerk. In der Bundesverfassung stehen die Grundsätze, im Gesetzbuch die Paragraphen zur Umsetzung dieser Grundsätze. Der Text der Initiative

hat nichts in der Bundesverfassung zu suchen. Ein deutliches Nein, ja sogar «eine deutliche Abfuhr», so die Worte von Marianne Streiff, ist der Initiative zu erteilen. Dieses Votum unterstütze ich voll und ganz. Stehen wir zu unseren schweizerischen Werten!



Regulieren wir freiwillig?

VON WIELAND BÄRLOCHER

Am 28. Februar kommt die Initiative gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln zur Abstimmung. Sie verlangt ein Verbot der Finanzspekulation auf Lebensmittel, während die Preisabsicherung an den Börsen für Händler und Produzenten weiterhin möglich bleibt. Vertreten wird die



Initiative durch ein breit aufgestelltes Bündnis, welches von SP und Grüne über diverse Hilfswerke, christliche Organisationen bis hin zu Bauernorganisationen reicht. Die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz hat am 28. November klar die Ja-Parole beschlossen. Bundesrat und beide Kammern lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

Die Initiative wird von Kreisen bekämpft, deren Land durch viele Gesetze für stabile Preise und Überfluss sorgt. Dieselben Menschen wollen uns nun mit gefüllten Bäuchen weismachen,

dass der hungernden Bevölkerung entfernter Länder gerade die Spekulation helfen werde, sich satt essen zu können. Bundesrat und Parlament üben sich in Nabelschau und weigern sich, den Finanzplatz freiwillig zu regulieren. Schon früher handelten sie erst auf internationalen Druck hin. Nachrichtenlose Vermögen, Geldwäscherei und Bankgeheimnis für Steuerflüchtige schaden dem Bild eines neutralen Rechtsstaates mit humanitärer Tradition. Darum ist ein Ja zu dieser Vorlage ein Ja zu einem soliden Finanzplatz.

Nein zur 2. Gotthardröhre

VON URSULA SCHWEIZER

Ich fahre direkt nach der Schule mit meinem Auto zur EVP-Sitzung. Stau! Ich überlege mir, ob ich in Zukunft zu Stosszeiten nicht besser den Zug nehmen würde. Vielleicht geht es dem einen oder anderen Autofahrer auch so, wenn er vor dem Gotthardtunnel im Stau steht.

Der verankerte Alpenschutz mit dem NEAT-Tunnel hat zum Ziel, die Bahn für den Schwerverkehr attraktiv zu

machen. Die zweite Gotthardröhre bewirkt genau das Gegenteil und wird eine weitere Milliarde kosten. Dem Versprechen, die beiden Tunnel nur einspurig zu benutzen, kann niemand wirklich Glauben schenken. Der Versuchung, die Fahrbahn bei Stau zu öffnen, könnte wohl kaum standgehalten werden.

Die Frage der Sicherheit stellt sich berechtigterweise, denn die Unfälle, die bis heute passiert sind, sind hauptsächlich darauf zurück zu führen, dass Fahr-

zeuge von der Spur abkamen. Laut Bundesamt für Strassen ereigneten sich seit der Sanierung 2001 nur noch zwischen 7 und 14 Unfälle pro Jahr, vorher zwischen 44 und 68 Unfälle jährlich.

Es gibt gute Möglichkeiten, die Sicherheit auch bei Gegebenheiten zu stabilisieren. Eine versenkbare Mittelteilplanke würde die Sicherheit erhöhen. Aus Liebe zur Natur und aus Spargründen gibt es nur eine Möglichkeit, nämlich ein Nein!

Parolen in Kürze

REGIERUNGSRAT

Die EVP Kanton St. Gallen empfiehlt die fünf Bisherigen sowie Bruno Damann (CVP) für den Regierungsrat

NATIONALE ABSTIMMUNGEN

JA zur Initiative "Für Ehe und Familie - gegen die Heiratsstrafe"

NEIN zur Durchsetzungsinitiative

JA zur Initiative "Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!"

NEIN zur zweiten Gotthardröhre

Die EVP und das liebe Geld

Als EVP setzen wir uns dafür ein, dass christliche Werte in unserer Gesellschaft mehr Raum einnehmen. Wir sind auf verschiedenen Ebenen tätig und der Wahlkampf kostet immer auch Geld. Mitten im Wahlmarathon sind wir froh, wenn Sie uns auch in finanzieller Hinsicht unterstützen. Danke und vergelt's Gott!

Impressum

Herausgeber: EVP Kanton St. Gallen
www.evp-sg.ch

Kontakt: Samuel Eugster,
sekretariat@evp-sg.ch

PC 90-219-8

IBAN:

CH09 0078 1035 5341
6601 8

Druck: Jordi AG, Belp

Wir engagieren uns für Sie

Kantonsratswahlen - unsere Spitzenkandidaten aus den Wahlkreisen

Wahlkreis Rorschach - Liste 1



Wieland Bärlocher, 1965
Meisterlandwirt, Forstwart / Leiter
Gemeindefachstelle für Datenschutz
Berg SG

„Der Kanton spart bis es dunkel wird. Anstatt nachhaltig investiert, wurden die Goldmilliarden der NB in Form von Steuergeschenken „verteilt“. Inzwischen wurde schon das 3. Sparpaket geschnürt. Sparen in der Verwaltung und Denken statt Geiz ist meine Politik.“



Heinz Schiess, 1957
Niederlassungsleiter / Präsident Kirche
Rorschach,Präsidentevang.Buchhand-
lung, Rorschach

„Ich kandidiere für den Kantonsrat, weil ich eine Idee überzeugend zu vertreten verstehe. Gerne gehe ich auf Menschen zu und gerne lese ich mich in Dossiers ein. Ich bin mir zu äussern und habe den Mut dies öffentlich zu tun. Als Politiker kann ich für die christlichen Werte eintreten.“

Wahlkreis Werdenberg - Liste 3 EVP



Hans Oppliger, 1957
Dipl.Ing.Agr.ETH / Kantonsrat
Präsident EVP Kanton St. Gallen
Frümsen

„Zentrale Anliegen sind mir die Vertretung christlicher Ethik in Politik und Wirtschaft, die Stärkung der Berufsbildung wie der Fachhochschule NTB, die Interessen des ländlichen Raumes und speziell der Region Werdenberg sowie die überparteiliche Zusammenarbeit.“



Ursula Schweizer, 1963
Schulleiterin / Präsidentin EVP
Werdenberg
Gams

„Im Parlament will ich die Stimme der Schwachen und Armen unseres Landes sein. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer grösser und das gilt es zu verhindern. Das schwächste Glied der Kette zeigt die Stabilität einer Gemeinschaft. Wir brauchen einander!“



Katharina Gächter, 1962
Marketingplanerin, Pflegeassistentin /
Gemeinderätin
Grabs

„Ich setze mich ein für einen enkeltauglichen Umgang mit Ressourcen und Umwelt. Ich betreibe sach- und lösungsorientierte Politik, die Gerechtigkeit und Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Ich stehe für christliche Werte wie Nächstenliebe, Solidarität und Wahrhaftigkeit.“

Liste 4 *jevp



Micha Winkler
1985
Allrounder, Tennislehrer
Gams

„Das harmonische Zusammenleben, der Respekt in der Familie und gegenüber allen Mitmenschen jeglicher Herkunft und sozialer Schicht sowie das Bildungswesen zu fördern und einen bewussten Umgang mit der Umwelt zu pflegen, sind mir wichtig für unsere Zukunft.“



Eliane Schindler
1993
Kauffrau mit BMS
Buchs

„Ich möchte mich ganz besonders für die Menschen einsetzen, deren Stimmen nicht gehört werden.“

Wahlkreis Toggenburg - Liste 5



Heinz Etter, 1951
Heilpädagoge / Präsident Missionsverein
Liweitari
St. Peterzell

„Mir liegt die Bildungspolitik am Herzen. „Bin ich geschickt genug? Mögen mich die ändern?“ Solche Fragen beschäftigen Kinder zu früh. Eine sorglose Kindheit wird weder vom alten noch vom neuen Lehrplan geschützt. Reifung muss ins Blickfeld der Politik geraten, nicht nur Lernen.“



Urs Knecht, 1953
pens. Sachbearbeiter Bank / Präsident
EVP Toggenburg
Wattwil

„Ich kandidiere, weil ich mich als Christ schon seit längerer Zeit für Politik interessiere und es mir daher nicht gleichgültig ist, was im Kanton St. Gallen passiert.“

Wahlkreis St. Gallen - Liste 7



Jascha Müller, 1965
Kommandant Milizfeuerwehr /
Kantonsrat
St. Gallen

„Ich kandidiere, weil ich mich auch weiterhin für einen sicheren, gerechten und lebenswerten Kanton St. Gallen sowie einen nachhaltigen Umgang mit Finanzen und Energie einsetzen möchte.“



Daniel Bertoldo, 1961
Diakon, Mediator /
Stadtparlamentarier
St. Gallen

„Ich kandidiere, weil für mich Bildung grundlegend und zukunftsweisend ist. Übersichtliche Klassengrössen und Förderung der individuellen Begabungen stärken unser Bildungssystem.“

Wahlauftakt der EVP zu den Kantonsratswahlen

Am Neujahrsempfang der St. Galler EVP in der Kantonshauptstadt wurde den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen ein abwechslungsreiches Programm geboten.

Neben Stadtpräsident Thomas Scheitlin, der die Anwesenden im Namen des St. Galler Stadtrates begrüßte, zeigte Kommunikationsfachfrau Sabine Hosennen, wie die Stadt St. Gallen mittels verschiedener SocialMedia-Kanäle auf niederschwellige Weise mit der Bevölkerung kommuniziert.

Das Interview von Kantonsrat Jascha Müller mit dem ehemaligen Flüchtling Farshad sowie der Bericht über den Einsatz in der Asylunterkunft Riethüsli durch Stadtparlamentarier Daniel Bertoldo hat die Anwesenden berührt. Ihre Ausführungen zeigten auf, dass hinter jedem Flüchtling ein Mensch mit einer persönlichen Geschichte steht.

Ein weiterer Höhepunkt war die Lancierung des Projekts "Bienenstadt" – eine originelle Möglichkeit, den Bienen auf einfache Art einen Teil ihres verlorenen Lebensraumes zurück zu geben.



Der Neujahrsempfang markiert in den Wahljahren jeweils den Wahlauftakt.

Die St. Galler EVP tritt in den Wahlkreisen St. Gallen, Rorschach, Werdenberg und Toggenburg mit 5 Listen an. Am Samstag präsentierten sich nun die Kandidatinnen und Kandidaten

der Öffentlichkeit. Es gilt, die beiden Sitze von Hans Oppliger (Werdenberg) und Jascha Müller (St. Gallen) zu verteidigen. Der Abschluss des gelungenen Neujahrsempfangs bildete ein feines Abendessen mit anschließendem gemütlichen Beisammensein.

A.Z.B.
3007 Bern

Regierungsratswahlen

Die EVP unterstützt Bruno Damann

Der Kantonalvorstand der EVP St. Gallen hat die vier neuen Kandidaten für die Regierungsratswahlen vom 28. Februar 2016 angehört. Neben den fünf Bisherigen wird die EVP Bruno Damann von der CVP unterstützen.

Bruno Damann politisiert in

grosser Übereinstimmung mit den Werten und den Zielen der EVP. Als Arzt und Leiter einer Gemeinschaftspraxis bringt er zudem Sozialkompetenz und Führungserfahrung mit. Weiter überzeugte Bruno Damann durch seine Begeisterung und seine Visionen für den Kanton St. Gallen und das

Gemeinwohl.

Für den zweiten vakanten Sitz gibt die EVP ihren Wählern keine Empfehlung ab. Für die weiteren Kandidaten Herbert Huser (SVP), Marc Mächler (FDP) und Andreas Graf (Parteifrei) konnten im Vorstand keine Mehrheiten gefunden werden.